

VON BURKHARD BISCHOF



Ein Wahlergebnis, das Pekings Kommunisten gewaltig stinkt

Hongkong und zuletzt Taiwan haben gezeigt, dass sie nichts vom alleinigen Machtanspruch der KP Chinas halten. Aber Xi Jinping hält am harten Kurs fest.

Chinas kommunistische Machthaber reagierten programmgemäß: „Diejenigen, die das Land spalten wollen, sind zu verdammt, für 10.000 Jahre ihren Stank zu hinterlassen“, kommentierte der chinesische Außenminister, Wang Yi, das Ergebnis der Wahlen in Taiwan vom Wochenende. Die Nachrichtenagentur Xinhua bezeichnete das Ergebnis als „Zustreffer“ und „offensichtlich nicht normal“, Taiwans Angliederung an das Festland könne von niemanden aufgehalten werden. Und der Ex-Diplomat Gao Zhikai kommentierte: „Es ist nicht die Sache der Millionen Einwohner Taiwans, den Ständer Insel selbst zu entscheiden.“

Die wütenden und rüden Reaktionen der KP-Funktionäre zeigen, wie sehr ihnen der Wahlausgang auf der Insel in die Ohren gefahren ist. Was hatten sie nicht alles über Druckausübung, wirtschaftliche Reize, offene und versteckte Interventionen versucht, um der China-freundlichen Kuomintang-Partei zum Sieg bei den Wahlen am 11. Jänner zu verhelfen. Mit dem Ergebnis, dass Amtsinhaberin Tsai Ing-wen mit einem Rekordergebnis von 59 Prozent der Wählerstimmen und einem Vorsprung von 2,6 Millionen Stimmen auf den Kuomintang-Kandidaten, Lu Hsiang-yu, wiedergewählt wurde.

Peking hatte zwar insgeheim wohl darzulegen können, dass das Präsidentenwahlenrennen in Taiwan nicht zu gewinnen war. So hoffte man, dass wenigstens absolute Mehrheit von Tsai Ing-wens demokratischer Fortschrittspartei im Parlament gebrochen würde. Auch das eine Annahme: Die Fortschrittspartei erlitt 61 der 113 Parlamentssitze. Der alte Weg für die KP-Machthaber also Niederlage auf der ganzen Linie.

Der weitgehende Abbruch des Dialogs zwischen den Regierenden in Taipeh; Pekings mühsame Anstrengungen, Taiwan weit zu isolieren und der Inselrepublik mittels finanzieller Köder auch die verbliebenen diplomatischen Partnern spenstig zu machen; die Beschränkung des touristischen Besucherstroms; permanente militärische Drohgebärden vor der Straße von Taiwan sowie geheimistische Einflussoperationen im öffentlichen Bereich: All das hat nicht gefruchtet und dann kamen auch noch die mo-

natelangen Unruhen in Hongkong, die aller Welt vor Augen führten, was Peking unter der Formel „Ein Land, zwei Systeme“ tatsächlich versteht: Dass alle und alles nach der Pfeife der chinesischen Kommunisten zu tanzen haben! Letztlich widerspiegeln auch die eingangs zitierten Reaktionen aus der Volksrepublik diese Haltung. Souveränität ist, wie sie Chinas KP definiert!

Aber weder in Hongkong noch in Taiwan findet sich eine Mehrheit für den alleinigen Machtanspruch der Kommunisten. Es ist auch immer wieder darauf hinzuweisen, dass Taiwan niemals ein Teil der Volksrepublik China war, sondern sich aus eigenen Stücken von einer Ein-Mann-Diktatur zu einer bestens funktionierenden Demokratie in Ostasien entwickelte. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung Taiwans betrachtet die ständigen Interventionen Pekings als Angriff auf die Würde und die nationale Identität.

Vor allem Taiwans junge Wähler haben deshalb in Scharen für Tsai Ing-wen gestimmt. Laut jüngsten Umfragen sind inzwischen 73 Prozent der Inselbewohner gegen eine Vereinigung mit dem Festland – unter den 20- bis 34-Jährigen sind sogar 93 Prozent dagegen.

Nichts deutet unter der Herrschaft Xi Jinpings derzeit darauf hin, dass die Rückschläge in Hongkong und die Niederlage in Taiwan die Führung in Peking dazu bringen könnten, ihren bisherigen harten Kurs zu überdenken. Im Gegenteil: Die Entsendung des kommunistischen Scharfmachers Luo Huining nach Hongkong, um dort das Verbindungsbüro – praktisch die Pekinger Befehlszentrale in der Sonderverwaltungszone – zu leiten, zeigt, dass die Schrauben im Umgang mit den Demokratieaktivisten fester angezogen werden sollen. Und auch für Tsai Ing-wen wird es ungemütlich bleiben. Umso mehr verdiente sie internationale Solidarität in ihrem Abwehrkampf gegen Pekings unerwünschte Einverleibungsversuche.

Mehr zum Thema: **Seiten 1 bis 3**

E-Mails an: burkhard.bischof@diepresse.com

Es ist erst der Anfang



Unter Chinas Staats- und Parteichef, Xi Jinping, und US-Präsident Donald Trump haben die Friktionen zwischen

Washington und Peking zugenommen.

[Reuters]

Analyse. Der Handelsstreit ist nur eine Front in der konfliktreichen Beziehung zwischen den USA und China. Doch eine Einigung könnte wegweisend sein.

VON MARLIES EDER

Nach gut eineinhalb Jahren ist es soweit: Am Mittwoch unterschreiben die USA und China eine erste Einigung im Handelsstreit. Doch von Euphorie an den Enden des Pazifik kann keine Rede sein. Der Handelskrieg sei noch lange nicht vorüber, schreibt Taoran Notes, ein regierungsnaher Kommentator. Viel mehr noch: Die Teileinigung sei nur ein Schritt, um die vielen Differenzen zwischen Peking und Washington in den Griff zu bekommen. Noch nie befanden sich die Staaten in einer solchen Situation, so der renommierte Autor. „Das ist ein Weg, den noch niemand be-

stritten hat“. Tatsächlich ist der Handelskrieg nur ein Auswuchs in der Neuordnung der Beziehung zwischen den USA und der Volksrepublik. Auf lange Sicht werden die Reibereien zwischen der weltweiten Nummer eins und der Nummer zwei zunehmen. Ein Überblick über die Brennpunkte.

Technologie

Die USA betrachten China als die größte geopolitische, wirtschaftliche und militärische Herausforderung für ihre Vormachtstellung im 21. Jahrhundert. Beide Staaten sehen Technologie als Schlüssel, um die eigene Führungsposition auszubauen. Dass die Tech-Front die wichtigste Konfliktlinie zwischen den Rivalen ist, wurde schon 2019 deutlich. Das prominenteste Opfer war Huawei: Im Mai setzte Washington den weltgrößten Netzwerkausrüster auf eine Verbotsliste und untersagte US-Firmen, Komponenten an den Chinesen zu liefern.

Ein Todesurteil für den Smartphone-Giganten, der vor allem auf US-Halblei-

ter angewiesen ist. Zwar entschärften die Amerikaner die Maßnahmen später, doch Huawei bleibt ein Verhandlungsjoker. In ihrem Tech-Feldzug versuchen die USA auch, ihre Verbündeten unter Druck zu setzen. Etwa in der Diskussion um den neuen Netzwerkstandard 5G. Bei der Entwicklung des superschnellen Internets ist Huawei führend. China reagiert und will sich von seiner westlichen Tech-Abhängigkeit lösen.

Werte

Im Rennen um die Technologie-Weltführung haben die USA eine weitere Bruchlinie aufgerissen, die vor allem Peking sauer aufstößt. Die KP-Führung spricht vordergründig von einem wirtschaftlichen Wettstreit. Die US-Administration sieht auch eine ideologische Auseinandersetzung – immer lauter werden Warnungen vor einem neuen Kalten Krieg. Die Sorge: China könnte mit dem Export von ausgeklügelter Überwachungstechnik seinen digitalen Autoritarismus – insbesondere in Entwicklungsländern – verbreiten.

ten. Peking weist Vorwürfe, sein autoritäres Modell als Demokratie-Alternative durchsetzen zu wollen, zurück.

Doch China ist mehr als je zuvor bedacht, seine politische Botschaft für alle Welt klar zu machen. Das zeigte die Auseinandersetzung um den Tweet eines NBA-Funktionsärs, der die Demokratie-Proteste in der Sonderverwaltungszone Hongkong unterstützt hatte. Die Folge waren ein Aufschrei chinesischer Internetnutzer und ein Ende von Sponsoren- und Ausstrahlungsverträgen im Basketball-Milliardenmarkt. Dass die NBA den Tweet später löschte, löste in den USA eine Debatte um Meinungsfreiheit aus.

Menschenrechte

Auch hier verschwimmen die Grenzen zwischen Technologie- und Ideologie-Wettstreit: Im Oktober verhängte die US-Regierung Sanktionen gegen 28 chinesische High-Tech-Firmen und Behörden wegen der „Unterdrückung, Masseninternierung und High-Tech-Überwachung“ der muslimisch, uigurischen Minderheit in der westchinesischen Provinz Xinjiang. Kurz darauf stellte sich US-Präsident Donald Trump mit einem Gesetz hinter die Protestbewegung in Hongkong: Es erlaubt Sanktionen gegen Personen, die der Menschenrechtsverletzungen beschuldigt werden, und verlangt eine jährliche Prüfung der Rechtsstaatlichkeit in der Hafenstadt.

Territorialkonflikte

In Taiwan bescherten die rund sieben Monate anhaltenden Hongkonger Demonstrationen gegen den wachsenden Einfluss Pekings Präsidentin Tsai Ing-wen und ihrer Festland-kritischen DPP einen deutlichen Wahlsieg. Das Ergebnis erhöht den Druck auf Xi. Er versprach der zunehmend nationalistischen Bevölkerung, die in der Volksrepublik als abtrünnig geltende Insel bis 2049 an das „Mutterland“ anzugliedern – notfalls militärisch. Taiwans Verbündeter Washington würde diesen Schritt unter heutigen Vorzeichen mit einem Gegenschlag quittieren.

Auch der Konflikt im Südchinesischen Meer gilt als brandgefährlich. Ein Zwischenfall zwischen Einheiten der Volksbefreiungsarmee und der US-Streitkräfte könnte schnell eskalieren. Die Volksrepublik beansprucht 80 Prozent des rohstoffreichen Gebiets und liegt daher im Streit mit südostasiatischen Staaten. Washington sieht nicht nur die freie Schifffahrt in der für den Weltmarkt wichtigen Region bedroht. Es fürchtet, die nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebaute militärische Vormachtstellung im Vorhof Chinas zu verlieren.

Letztlich wird der Verlauf des Handelsstreits wegweisend für die weiteren Beziehungen zwischen Peking und Washington sein. Je mehr sich die USA wirtschaftlich von China lösen, desto schwerer wird es den Gegenspielern fallen, eine Gesprächsbasis für die Lösung von Krisen wie dem Klimawandel oder dem Nahost-Konflikt zu finden.

China atmet auf und zieht seine Lehren aus dem Handelskrieg

Letzter Rettungsversuch für Atom